

60. Europaministerkonferenz der deutschen Länder

am 6./7. November 2012 in Potsdam

TOP 2 Evaluierung des Subsidiaritätsfrühwarnsystems

Berichterstatter: Brandenburg, Nordrhein-Westfalen

Beschluss

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen den Bericht zur Evaluierung des Subsidiaritätsfrühwarnsystems zur Kenntnis. Sie betrachten die Subsidiaritätskontrolle durch die nationalen Parlamente als ein wichtiges Instrument, um sicherzustellen, dass eine europäische Rechtsetzung nur erfolgt, sofern und soweit die Ziele der in Betracht gezogenen Maßnahmen von den Mitgliedstaaten weder auf zentraler noch auf regionaler oder lokaler Ebene ausreichend verwirklicht werden können, sondern vielmehr wegen ihres Umfangs oder ihrer Wirkungen auf Unionsebene besser zu verwirklichen sind.
2. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz stellen weiter fest, dass sowohl die politischen Voraussetzungen für die Nutzung als auch die Ausgestaltung des Instruments der Subsidiaritätskontrolle noch wenig konsolidiert sind. Sie befürworten daher – auch zur Abgrenzung gegenüber der Stellungnahme im Rahmen des politischen Dialogs – die Entwicklung klarerer Anwendungskriterien.
3. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz halten es für erforderlich, dass bei zentralen, politisch bedeutsamen Dossiers etwaige Subsidiaritätsbedenken effektiv, d. h. mit dem erforderlichen Stimmenquorum, vorgebracht werden. Sie befürworten daher eine intensivere Koordinierung der nationalen Parlamente. Diese sollte sich auf die Identifizierung politisch wichtiger Rechtsetzungsvorhaben mit einer potenziellen Subsidiaritätsproblematik

konzentrieren. Dazu ist auch auf nationaler Ebene eine engere Abstimmung zwischen Bundesrat und Bundestag in Subsidiaritätsfragen erforderlich. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz begrüßen in diesem Zusammenhang die Schaffung einer Stelle im Deutschen Bundesrat zur regelmäßigen Teilnahme an den Brüsseler Treffen der Parlamentsvertreter. Sie gehen davon aus, dass auf diese Weise die Positionen des Bundesrates effektiv in die europäische Diskussion eingebracht werden können.

4. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz haben die erstmalige Auslösung der „gelben Karte“ im Rahmen des Kommissionsvorschlags zur „Monti-II-Verordnung“ und den darauf folgenden Rückzug des Vorschlags durch die Kommission zur Kenntnis genommen. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz messen diesem ersten Fall eine große Bedeutung zu. Sie gehen davon aus, dass dieses Dossier innerhalb der Europäischen Kommission durch die erfolgreiche Subsidiaritätsrüge eine besondere Aufmerksamkeit bekommen und die „gelbe Karte“ unmittelbar zum Rückzug des Kommissionsvorschlags beigetragen hat. Dies zeigt, dass die Subsidiaritätsrüge wirksam werden kann.
5. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz sprechen sich dafür aus, bei einer gegebenenfalls künftig erforderlichen Revision der europäischen Verträge die normierten Voraussetzungen für die Erhebung einer Subsidiaritätsrüge im Hinblick auf deren Funktionsfähigkeit zu überprüfen, dazu gehören auch die kurze Rügefrist und die Quoren.
6. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz halten es für erforderlich, verstärkt den politischen Dialog im Rahmen der Barroso-Initiative zur inhaltlichen Auseinandersetzung und für eine konstruktive Debatte über aktuelle und angekündigte Rechtsetzungsvorschläge der Kommission zu nutzen.